

Revolution im Radio

Zur institutionellen Entwicklung des Hörfunks in der SBZ/DDR
1945–1953

Das Jahr 1949 war nicht nur das Jahr der beiden deutschen Staatsgründungen, es scheint sich auch – zumindest im Osten – durch eine besonders schlechte Kartoffelernte ausgezeichnet zu haben. Jedenfalls stellte Gerhart Eisler, eben erst berufener Chef des Amtes für Information und damit oberster Herr über die Informationspolitik in der DDR, im November vor der versammelten Leitungsebene des Rundfunks klar: »Versagt hat der Rundfunk bei der Frage der Kartoffelversorgung«. ¹ Die Bauern hätten viel zu wenig abgeliefert, und dies sei darauf zurückzuführen, dass sich nicht »alle Sender eingeschaltet« und die »nötige Propaganda« betrieben hätten. ²

Was von heute aus betrachtet skurril anmuten mag, war damals bitter ernst gemeint. Bei den höheren Funktionären im SED-Staat war der Glaube an die Macht des Mediums anscheinend ungebrochen. Jedenfalls ist das Programm der späten 40er und frühen 50er Jahre voller Beispiele dafür, wie die Parteispitze mit oft eher schlichten Mitteln versuchte, die Hörer von der Richtigkeit ihrer Politik respektive der Größe der Sowjetunion zu überzeugen und im Gegenzug den Westen als Reich des Bösen erscheinen zu lassen. So unterlegte man beispielsweise einen Kommentar über die »Luftbrücke« während der ersten Berlin-Krise mit den Geräuschen anfliegender Bomberverbände, offenbar um bei der Berliner Bevölkerung Assoziationen an die britischen und amerikanischen Flächenbombardements zu wecken, unter denen die Zivilbevölkerung bekanntlich besonders gelitten hatte. ³ Überhaupt erschien nicht nur die Bundesrepublik, sondern das gesamte westliche Lager als Hort des »Faschismus« und in Westberlin konnte zeitweise sprichwörtlich kein Selbstmord oder Unfall passieren, ohne dass darin ein erneuter Beleg für den zutiefst inhumanen, wenn nicht verbrecherischen Charakter des »Imperialismus« gesehen wurde. ⁴ Auf der anderen Seite versuchte man allen Ernstes, den Deutschen die sowjetische Erzählung von Stalingrad als Symbol für den Beginn einer großartigen »Befreiung« zu vermitteln ⁵ und huldigte einem kaum gebremsten Personenkult um Stalin. ⁶

Zweifellos spiegelt sich in diesen Beispielen eine historische Situation, in der der fundamentale Gegensatz zwischen Ost und West, obgleich erst seit kurzem offen ausgetragen, sich rasch immer weiter zuzuspitzen schien und in der demzufolge noch keineswegs klar war, wie lange der Kalte Krieg tatsächlich »kalt« bleiben würde. Ohne Berücksichtigung dieses historischen Kontextes, der in Deutschland von großer Unsicherheit, politischer Instabili-

tät und Ängsten vor einem erneuten Krieg gekennzeichnet war, ist das Verständnis der Entwicklung des Rundfunks (und der Massenmedien allgemein) in der stalinistischen Hochphase der DDR zweifellos unmöglich.

Vieles davon wurde im Westen ähnlich empfunden, und doch entwickelten sich die Medien dort in eine andere Richtung. Auch hier gab es personelle »Säuberungen« im Zuge der Zuspitzung des Systemkonflikts, wenngleich nicht annähernd im gleichen Ausmaß wie im Osten.⁷ Eine der größten und längsten Journalistenkarrieren der DDR – nämlich diejenige Karl-Eduard von Schnitzlers – hatte ihren Ursprung bekanntlich in einer Entlassung aus politischen Gründen im Westen.⁸ Wir wissen, wie schwer sich das Gros der deutschen Politiker mit den alliierten Auflagen zur Schaffung eines pluralistischen und staatsfernen Rundfunkwesens getan hat.⁹ Auch in der Bundesrepublik konnte in den 50er Jahren noch keineswegs von einer kritischen publizistischen Öffentlichkeit die Rede sein; grobschlächtiger Antikommunismus war an der Tagesordnung.¹⁰ Und doch, für schlechte Kartoffelernten machte im Westen niemand den Rundfunk verantwortlich, der Aspekt der militärischen Verteidigung von Funkhäusern war bei der Auswahl der Objekte augenscheinlich nicht prioritär,¹¹ und es forderte auch niemand von der Regierung, dass journalistisch »etwas organisiert« werden müsse, damit es in Zukunft möglich sei, »im Sinne der Regierung zu kritisieren«, wie dies verunsicherte Mitarbeiter des DDR-Rundfunks angesichts der Bedrohung ihrer beruflichen Existenz Ende 1949 taten.¹²

Wie, so ist zu fragen, konnte sich in nur wenigen Jahren im Rundfunk ein System etablieren, das nicht allein unseren heutigen Vorstellungen davon, was »normal« ist, ganz offensichtlich nicht entsprach, sondern dessen fehlende Glaubwürdigkeit auch dem Gros der Hörer bewusst war und darüber hinaus sogar einigen seiner exponiertesten Mitarbeiter? Jedenfalls erreichten den Funk nicht nur Vorwürfe der Art, der Unterschied zwischen Darstellung und Realität werde »ja schon von unseren Kindern am Radio belacht«¹³, sondern zusätzlich mussten die Verantwortlichen mit Einschätzungen wie derjenigen Karl-Eduard von Schnitzlers leben, er habe im Verlauf seiner zahlreichen Reisen durch die Republik, in die Bundesrepublik und auch bei der Auswertung seiner persönlichen Hörerpost buchstäblich niemanden getroffen, der »eine positive Einstellung zu unseren Sendern« habe.¹⁴

Der Neuaufbau des Rundfunks in der SBZ 1945–1947: Kontinuitäten unter sowjetischer Ägide

Als der *Berliner Rundfunk*¹⁵ als erster Sender im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands nur fünf Tage nach der Kapitulation des Deutschen Reiches inmitten der zerstörten Hauptstadt am 13. Mai seinen Sendebetrieb aufnahm, geschah dies selbstverständlich auf Anweisung sowjetischer Stellen und unter der Leitung einer Person ihres Vertrauens, des Moskauer-Emigranten und

Mitglied der »Gruppe Ulbricht«, Hans Mahle.¹⁶ Auch wenn das Programm in den ersten Wochen noch nicht der Zensur sowjetischer Kontroll-offiziere unterlag,¹⁷ schien über die Person Mahles und einige seiner leitenden Mitarbeiter gewährleistet, dass der Rundfunk den Interessen der Besatzungsmacht diene. In einer Zeit, in der von klaren Verwaltungs- und Herrschaftsstrukturen nicht die Rede sein konnte und ein eklatanter Mangel an vertrauenswürdigen deutschem Personal bestand, musste Herrschaft notgedrungen informell und personalisiert ausgeübt werden. Entsprechend groß, darauf haben die Beteiligten später immer wieder hingewiesen, waren zunächst die Handlungsspielräume.

Der radikale politische Bruch, den der Verlust der deutschen Souveränität auf übergeordneter Ebene bedeutete, verdeckt aber ebenso wie das Pathos des Neuanfangs in den Erzählungen der Beteiligten¹⁸ die Kontinuitäten, die sich ganz notgedrungen aus dem Unterfangen ergeben mussten, ohne nennenswerte eigene technische und personelle Ressourcen in einem nahezu vollständig zerstörten Umfeld¹⁹ gewissermaßen aus dem Stand einen funktionierenden Radiosender aufzubauen.

Die Situation verlangte den Akteuren ein hohes Maß an Improvisation ab, das sich beispielsweise darin niederschlug, die zerstörte Verbindung zwischen Funkhaus und Sendemast provisorisch über Feldpostleitungen herzustellen oder fehlendes technisches Personal persönlich durch Gespräche in der Nachbarschaft des Funkhauses zu rekrutieren.²⁰ Vor allem aber zwang die Lage zur Pragmatik: Zwar gelang es schon nach wenigen Tagen, ein 19-stündiges Vollprogramm zu senden, aber ohne einen entsprechend hohen Personalbestand ließ sich dies kaum durchhalten. Bereits im September 1945 hatte der *Berliner Rundfunk* daher wieder rund 1000 Angestellte, überwiegend ehemalige Mitarbeiter des Reichssenders. Man bemühte sich, die wichtigsten Spitzenpositionen mit KPD-Kadern aus dem Exil oder aus der Gefangenschaft bzw. mit Mitgliedern des Nationalkomitees Freies Deutschland (NKFD) zu besetzen,²¹ aber das Reservoir geeigneter Personen war außerordentlich begrenzt. Nur die wenigsten verfügten zudem über Rundfunkerfahrung.

Während die sowjetische bzw. kommunistische Dominanz bei den im engeren Sinne politischen Wortprogrammen sowohl personell als auch durch die Etablierung der sowjetischen Zensur ab Sommer 1945 gesichert war, galt dies für andere Bereiche sehr viel weniger. Zwar wurden zahlreiche Techniker des ehemaligen Reichssenders, die man zunächst benötigt hatte, um die Sendetechnik wieder in Stand zu setzen, bald unter Hinweis auf ihre NS-Belastung entlassen.²² Aber in anderen, programmnäheren Bereichen war das interessanterweise weit seltener der Fall, wie die Beispiele der langjährigen Mitarbeiterin Dr. Ilse Obrig (Leiterin des Kinderfunks) und der Regisseure Hannes Küpper und Hanns Farenburg zeigen.²³ Diese, abgesehen von den Schlüsselpositionen, relativ »liberale« Personalpolitik, die das Interesse an einem schnellen Aufbau des Rundfunks und der Verbesserung der

Qualität des Programms über das Interesse an politisch möglichst unbelastetem Personal stellte, war allerdings offenkundig nicht unumstritten.²⁴

Die Kontinuitäten beschränkten sich keineswegs auf das Personal. Auch institutionell orientierte sich der Rundfunk zunächst an den bestehenden Strukturen. Das galt zum einen intern im Hinblick auf Ressortenteilungen und die hierarchische Struktur der Sender mit einem Intendanten an der Spitze. Zum anderen betraf dies den weiteren Aufbau des Rundfunkwesens in der SBZ, der bereits 1945 in Angriff genommen und bis Ende 1946 weitgehend abgeschlossen worden war.²⁵ Anders als in der Sowjetunion schuf man zunächst kein zentrales System, sondern ein »gemäßigt föderales« mit zwei Senderketten, nämlich einer »norddeutschen« mit Berlin als Zentrum und Funkhäusern in Schwerin und Potsdam sowie einer »mitteleutschen« mit Leipzig als Leitstation und Dresden, Halle und Weimar als angeschlossenen Funkhäusern mit regionalen Programmfenstern.²⁶ Auch hier wirkten offenbar deutsche Traditionen fort.²⁷

Das Programm schließlich basierte, was seinen zunächst für damalige Verhältnisse noch relativ hohen Musikanteil von rund 60 Prozent anging, maßgeblich auf dem nach politischen Gesichtspunkten gesäuberten Schallarchiv der Reichsrundfunk-Gesellschaft.²⁸ Vor allem das Frühprogramm, das unter Losungen wie *Morgens, wenn die Sonn' aufgeht, Ein froher Tag geht uns auf* oder *Mit frohen Klängen der Tag beginnt* firmierte, knüpfte nahtlos an die eskapistische, ganz auf Ausblendung des schwierigen Alltags zielende Programmgestaltung des Rundfunks während der letzten Kriegsjahre an. Aber auch andere Sendungen mit unterhaltendem Charakter orientierten sich unmittelbar an Vorläufern aus der Weimarer und der NS-Zeit. Das galt etwa für die Sendung *Sorgenpause*, ein so genannter »Bunter Nachmittag«, die sich konzeptionell an die Reihe *Der frohe Samstagnachmittag* anlehnte, welche der *Reichssender Köln* zwischen 1934 und 1939 ausgestrahlt hatte und die mit Unterbrechungen bis zum Frühjahr 1947 im Programm war.²⁹ Musikalische Unterhaltungsprogramme wie z. B. Wunschkonzerte, die überwiegend auf Schlagern, Operettenmelodien und »leichter Klassik« basierten, spielten im Programm des *Berliner Rundfunks* wie bereits im Rundfunk der 30er und 40er Jahre eine wichtige Rolle und erfreuten sich nach wie vor großer Beliebtheit. In den ersten beiden Nachkriegsjahren gab es hier weder eine klare Orientierung an sowjetischen Vorbildern, noch am kulturellen Erbe der Arbeiterbewegung.

Sehr viel geringer fiel die Kontinuität erwartungsgemäß im Bereich der Wortprogramme aus. Während man für die Kultur- und Literatursendungen von einer Mischung aus neuen Zeitstücken, die sich vorwiegend mit der NS-Vergangenheit auseinandersetzen, und zahlreichen Klassikeradaptionen ausgehen kann,³⁰ machten sich innerhalb des im eigentlichen Sinne publizistischen Bereichs die sowjetische Zensur und die politischen Erziehungsabsichten der Redaktionsleiter von Beginn an klar bemerkbar. Dabei war es gerade die »Vielzahl der politischen Sendungen«, die das Programm anfangs

von den Programmen der Sender in den Westzonen abhob.³¹ Ein leitender Redakteur hat rückblickend selbstkritisch bemerkt, meist habe es sich um »gelesene Zeitung« gehandelt.³² Das ist zumindest teilweise wörtlich zu nehmen, denn nicht selten wurden einfach Artikel aus sowjetisch kontrollierten Tageszeitungen wie der *Täglichen Rundschau* übernommen und vorgelesen. Aus Sicht der Redaktionen hatte dies gleich zwei Vorteile: Zum einen wurden so die – im Bereich der aktuellen Ressorts nach wie vor knappen – personellen Ressourcen der Redaktion nicht belastet, zum anderen waren keine Probleme mit der sowjetischen Zensur zu befürchten, wenn als Quelle die Tageszeitung der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) genannt werden konnte.

Ungeachtet des Wortprogramms, das zumindest im Jahre 1945 einen klaren Schwerpunkt bei der Aufklärung über den verbrecherischen Charakter des NS-Regimes hatte,³³ blieben die Kontinuitätsmomente zum Rundfunk vor 1945 erheblich. Dies ausschließlich als Ergebnis von Sachzwängen aufzufassen, wie oben angedeutet, würde jedoch zu kurz greifen. Vielmehr entsprach diese Linie durchaus dem anfangs generell verfolgten gesellschaftlichen Integrationskurs der so genannten »antifaschistisch-demokratischen« Phase, der auf die Einbindung bürgerlicher Kräfte in Staat und Gesellschaft setzte, freilich mit dem Ziel, die Akzeptanz der Besatzungsherrschaft zu steigern und dabei zugleich den kommunistischen Hegemonieanspruch unterschwellig voranzutreiben. Im Falle des *Berliner Rundfunks* wurde diese grundsätzliche politische Tendenz noch dadurch verstärkt, dass die Westalliierten unter Verweis auf den Viermächtestatus Berlins eine Beteiligung an der Kontrolle des Senders forderten. Zwar gelang es der sowjetischen Seite letztlich, diese Forderung so lange zurückzuweisen, bis sie angesichts der Blockkonfrontation ohnehin obsolet geworden war – aber unter diesem Gesichtspunkt schien es lange Zeit nicht opportun, den Sender offen als Verlautbarungsorgan der Sowjets zu profilieren. Vielmehr versuchte man, den Ansprüchen der Amerikaner, Engländer und Franzosen mit dem Argument entgegenzutreten, es handele sich keineswegs um einen sowjetischen Sender, sondern hier würde von Deutschen ein überparteiliches Programm veranstaltet, das gar keine interalliierte Kontrolle erfordere.³⁴

Diese Taktik spiegelt sich noch deutlich in der Berufung von Max Seydewitz zum Nachfolger von Mahle als Berliner Intendant, die im August 1946 erfolgte. Denn bei dem ehemaligen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten handelte es sich um einen bis ins bürgerliche Lager hinein geachteten Intellektuellen, dessen Mitgliedschaft in der kommunistischen Partei lange Zeit unbekannt war.³⁵ Zugleich war seine Person für die Propagandaverwaltung der SMAD, deren Rundfunkabteilung die Radiosender in der SBZ faktisch kontrollierte, ein Garant für die Umsetzung ihrer Absichten. Solche Schachzüge, die vielleicht in der Öffentlichkeit nicht wirkungslos gewesen sein mögen, konnten jedoch auf der politischen Ebene kaum verfangen. Noch 1946 reagierten Amerikaner und Briten jeweils mit der

Gründung eigener Sender in Berlin, nämlich des *RIAS* und eines Ablegers des britisch kontrollierten *NWDR* in der ehemaligen Reichshauptstadt.³⁶ An der dominanten Stellung des *Berliner Rundfunks* in Berlin und im brandenburgischen Umland änderte dies aber zunächst wenig; ernsthafte Konkurrenz sollte ihm aus diesen Stationen erst später, unter anderen politischen Auspizien erwachsen.

Krise und personelle Säuberungen: Radio im beginnenden Kalten Krieg (1948–1951)

Schon der Streit um die Viermächtekontrolle über den *Berliner Rundfunk* in den Jahren 1945–1947 reflektierte im Grunde en détail die seinerzeit noch latenten Spannungen zwischen der Sowjetunion und den westlichen Siegermächten. Der offene, irreversible Bruch, der 1947 eintrat, prägte in der folgenden Zeit erst recht die Entwicklung des Mediums. Vor dem Hintergrund der sich rasch zuspitzenden Ost-West-Konfrontation kam dem Rundfunk aus Sicht der Politik nun eine zentrale Bedeutung zu. Nach innen sollte er helfen, den östlichen Block zu festigen und die – auch unter den deutschen Kommunisten keineswegs unumstrittene – Politik einer strikten Orientierung an der Sowjetunion und Unterordnung unter ihren Hegemonieanspruch durchzusetzen. Nach außen, vor allem in den Westzonen, sollte er für die sozialistische Seite werben und insbesondere die Arbeiterschaft davon überzeugen, dass ihre Zukunft nur dort und nicht in der kapitalistischen Welt liege.

Dafür musste jedoch zunächst die politische Ausrichtung und Zuverlässigkeit des Rundfunks im Sinne der aktuellen SED-Politik sichergestellt werden. Diese Überfrachtung des Radios mit politischen Aufgaben sorgte dafür, dass sich die Disziplinierungsmaßnahmen und »Säuberungen«, wie sie seit der Verkündung des Umbaus der Partei zur »Partei neuen Typs« auch sonst überall im politisch-administrativen System an der Tagesordnung waren, hier in besonderem Maße auswirkten.

Eine Zäsur ergab sich daher auch weniger aus der Staatsgründung im Oktober 1949, die ja ihrerseits bereits einen Reflex auf die zunehmende Konfrontation darstellte, als aus der Verschlechterung des politischen Klimas bereits in den Jahren zuvor. Nun, mit dem Ende der auf gesellschaftliche Integration zielenden »antifaschistisch-demokratischen« Politik, wurden die Kontinuitäten zur deutschen Rundfunktradition vor 1945 tatsächlich nachhaltig gebrochen. Doch auch dabei handelte es sich nicht um einen abrupten Bruch, sondern um einen Prozess, der sich über mehrere Jahre hinzog und der erst 1953 zum Abschluss kam.

Maßgeblich war dabei nicht zuletzt die Verschiebung der Aufgabenteilung zwischen der sowjetischen Seite und deutschen Stellen. Bis 1947 wurde die Entwicklung des Rundfunks vor allem von den Sowjets kontrolliert, während die Anbindung an die Partei und die protostaatlichen Strukturen auf

deutscher Seite nur von untergeordneter Bedeutung waren. Während die deutschen Institutionen ihren Einfluss bis dahin überwiegend informell (also über einzelne Personen in Spitzenpositionen) geltend machen konnten und ihre Zuständigkeit ansonsten eher Pro-forma-Charakter hatte, begann sich dieses Verhältnis bereits im Vorfeld der Staatsgründung umzukehren: Die sowjetische Seite zog sich sukzessive von ihren Kontroll- und Leitungsaufgaben vor Ort zurück und beschränkte sich auf eine Tätigkeit im Hintergrund, ohne gleichwohl auf ihre Richtlinien- und Entscheidungskompetenz in grundlegenden Fragen zu verzichten.

Diese Übertragung der politischen Verantwortung auf deutsche Stellen erwies sich als schwierig, obwohl der Rundfunk formal bereits seit Ende 1945 in deutscher Hand war. Zwar waren spätestens 1947 alle wichtigen Leitungspositionen mit SED-Mitgliedern besetzt, und es gab auch schon eine (allerdings vermutlich kaum oder nur pro forma ausgeübte) politische Anleitung durch den Parteivorstand. Faktisch waren aber alle wesentlichen Fragen von der SMAD entschieden worden, und insbesondere trug die sowjetische Seite letztlich die inhaltliche Verantwortung für das Programm, denn es unterlag bis zum Sommer 1949 einer strengen, von einem aufwändigen Kontrollapparat ausgeübten Vorzensur.³⁷ Eine politische Anleitung und Kontrolle durch deutsche Institutionen war deshalb weder nötig noch überhaupt möglich gewesen.

Nun aber hatte sich die Situation grundlegend geändert: Jetzt wurde vom Rundfunk nicht nur eine eindeutige Orientierung am oft keineswegs klaren und bisweilen kurzfristigen Wendungen unterliegenden Kurs der Regierung verlangt, sondern dies sollten die Mitarbeiter auch noch gewissermaßen aus sich selbst heraus bewerkstelligen, ohne sowjetische Unterstützung und ohne, dass es von der Partei oder staatlicherseits bereits eine entsprechende Kontroll- und Leitungsstruktur gegeben hätte. Hinzu kam, dass noch immer die überwiegende Mehrheit der Mitarbeiter parteilos war und – was den Berliner Sender anging – im Westteil der Stadt wohnte.³⁸ Die Schicht aus »politisch zuverlässigem« Leitungspersonal erwies sich nun, angesichts der politisch angespannten Situation der späten 40er Jahre, nicht nur als zu dünn, sondern auch als nur bedingt belastbar, schließlich hatte sie jahrelang eher die Funktion gehabt, die sowjetische Dominanz zu verdecken, als selbst verantwortliche Entscheidungen zu treffen.

Die Folge war, dass der Rundfunk im Herbst 1949 in eine tiefe Krise geriet. Nur wenige Wochen nach der Staatsgründung beschloss das Politbüro, den Intendanten des *Berliner Rundfunks* und des *Deutschlandsenders*, Heinz Schmidt, der Seydewitz im Sommer 1947 abgelöst hatte, wegen »nationalistischer Überheblichkeit« und »englischer Krankheit« seines Amtes zu entheben und die »parteimäßige Untersuchung« seines Falles der im Vorjahr gegründeten Zentralen Parteikontrollkommission (ZPKK) zu übertragen.³⁹ Der Beschluss ging noch weit über die Entlassung Schmidts hinaus. Er forderte vielmehr, »alle Mitarbeiter, die in der englischen Emigration waren«,

zu entlassen und alle Angestellten im Berliner Rundfunkapparat zu überprüfen. Zugleich erhielten zahlreiche leitende Mitarbeiter eine »strenge Rüge« wegen »ideologischer Sorglosigkeit«,⁴⁰ und der Rundfunk wurde dem neu geschaffenen »Amt für Information« unterstellt.⁴¹

Dieser Beschluss von höchster Stelle muss vor dem Hintergrund jener Überprüfungen von Parteifunktionären im gesamten Apparat gesehen werden, die zunächst besonders gegen ehemalige Sozialdemokraten gerichtet waren. Nach dem Abfall Titos von der Sowjetunion im Juni 1948 wurden sie in verstärktem Maße auf Westemigranten und ehemals in westlichen Ländern bzw. in Jugoslawien internierte, kriegsgefangene KPD-Mitglieder ausgeweitet und fanden ihren Höhepunkt in der so genannten »Field-Affäre«. ⁴² Es ging um die Disziplinierung der Parteimitglieder, die den Wechsel vom Kurs eines eigenständigen Weges zum Sozialismus hin zu einem strikt am sowjetischen Modell orientierten Kurs nachzuvollziehen hatten. Die deutsche Führung, so darf man annehmen, handelte dabei unter erheblichem sowjetischem Druck, jedenfalls musste sich Pieck von sowjetischer Seite Ende 1949 »völliges Versagen« bei der Bekämpfung des »Titoismus« vorwerfen lassen.⁴³

Schmidts Kurs reflektierte zwar – anders als noch derjenige seines Vorgängers Seydewitz – klar die Konfrontation der Blöcke, war aber insofern primär am Westen orientiert, als er die offensive Auseinandersetzung mit den Entwicklungen und Argumenten in den Westzonen in den Mittelpunkt stellte, nicht die Vorbildfunktion der Sowjetunion.⁴⁴ Was 1947 noch in das vorgegebene Raster eines »nationalen Weges zum Sozialismus« passte, geriet zwei Jahre später angesichts der Erosionen an den Rändern des sowjetischen Einflussbereiches unter den Generalverdacht »nationalistischer Überheblichkeit«. Deutlich wird dies an den Erläuterungen, die Gerhart Eisler als Leiter des Amtes für Information den versammelten Intendanten und Chefredakteuren in seiner »Antrittsrede« zur Entlassung von Heinz Schmidt gab: Unter dessen Intendanz habe das Programm »eine Reihe von gefährlichen politischen Schwächen« gezeigt. Die »feindliche Propaganda« sei nicht genug bekämpft worden, stattdessen sei »englische Objektivitätsservilität« an der Tagesordnung gewesen.⁴⁵

Wie oben bereits angedeutet, hatte sich die Situation nach der Aufgabe der sowjetischen Vorzensur für die meisten Programmbereiche im Juli 1949 insofern zugespitzt, als nun ein Kontrollvakuum entstand, weil effektive deutsche Instanzen nicht zur Verfügung standen. Auch die bereits im Vorjahr von der Generalintendanz eingesetzte Abteilung »Planung und Kontrolle« könne, so Mahle in einem Briefentwurf vom September 1949 (also noch vor der Entlassung Schmidts), »diesen zusätzlichen Aufgaben (...) nicht gerecht werden«. ⁴⁶ Bei den Mitarbeitern machte sich Verunsicherung breit: »Seitdem die sowjetischen Kontrolloffiziere nicht mehr da sind, schwimmen wir. (...) Wir haben immer das unbehagliche Gefühl, wer die letzte Instanz ist«, brachte der Intendant eines Landessenders das Problem auf den Punkt.⁴⁷

Besondere Verunsicherung herrschte in Bezug auf das Maß an Kritik, das gegenüber der eigenen Regierung erlaubt sei.⁴⁸ Statt Freiräume einzufordern, appellierten die Mitarbeiter an die Verpflichtung der Partei, ihnen verbindliche und eindeutige Vorgaben zu machen, die sie von ihrer persönlichen Verantwortung und gegebenenfalls Haftung entlasten sollten. Gerhart Eisler stellte gleichwohl unmissverständlich klar, welche Risiken mit öffentlicher Kritik verbunden waren: »Jede Kritik (...) ist verantwortlich. Wer eine Kritik macht, muss auch den Kopf dafür hinhalten.«⁴⁹

Tatsächlich war es auf Parteiseite bisher nicht gelungen, in Bezug auf den Rundfunk effektive politische Steuerungsinstanzen zu schaffen. Bis Ende der 50er Jahre wechselten die Namen der Abteilungen, die dort für die Verbindungen zu den Medien zuständig waren, ebenso häufig wie die jeweiligen Zuständigkeitsbereiche und Mitarbeiter.⁵⁰ Anders als die Presse hat der Rundfunk dabei zunächst so gut wie keine Rolle gespielt. Solange die sowjetische Vorzensur im Rundfunk bestand, ergab sich keine Notwendigkeit, die Kontrolle durch Parteiinstanzen zu intensivieren. Ab Ende 1948 sind Bestrebungen auf der Ebene des Politbüros zu beobachten, die Anleitung der Massenmedien jenseits der Parteipresse zu institutionalisieren und zu professionalisieren. Im Februar 1949 entstand eine Abteilung »Agitation« unter Leitung des bisherigen FDJ-Funktionärs Hermann Axen, deren Aufgabe die »Entwicklung einer planmäßigen Agitation der Partei unter den Massen« sowie die »Kontrolle und Koordination der Agitation der Massenorganisationen, Verwaltung, Funk und Film« sein sollte.⁵¹ Nach der Gründung der DDR, im Oktober 1949, wurde mit dem Amt für Information eine staatliche Institution ins Leben gerufen, deren Aufgabenbereich sich nicht nennenswert von demjenigen der parteieigenen Agitationsabteilung unterschied. Nun, nachdem die politische Verantwortung von der sowjetischen Seite auf die deutsche übergegangen war, entstanden in schneller Folge immer neu zugeschnittene, z. T. hierarchisch eng gestaffelte politische Anleitungsinstanzen, wobei sich zumindest anfangs die Parteiebene und die staatliche Ebene überlagerten. Kompetenzstreitigkeiten und kontraproduktive Wirkungen waren hier vorprogrammiert, und tatsächlich sollte es noch zehn Jahre dauern, bis die Agitationsbürokratie der DDR ihre endgültige, nun deutlich an den Parteiapparat gebundene Form gefunden haben sollte.⁵²

Die Entlassung Schmidts im Oktober 1949 war somit auch Ausdruck einer Strukturkrise, die daraus entstanden war, dass die Partei zwar einen klaren Anspruch auf die politische Steuerung der Medien erhob und diesen zur Durchsetzung ihres Hegemonieanspruches und des neuen, auf Integration in den sowjetischen Block zielenden Kurses einsetzen wollte, die Voraussetzungen im Rundfunk dafür aber weder strukturell noch personell gegeben waren: Zu lange hatte die sowjetische De-facto-Herrschaft die Entwicklung eigener verantwortlicher Instanzen behindert.

Unter dem zunehmenden politischen Druck verließen die meisten »bürgerlichen« Angestellten bis Anfang der 50er Jahre den Rundfunk. Die Par-

teisüberungen brachten es mit sich, dass nun jedoch auch all diejenigen kommunistischen Mitarbeiter unter Beschuss gerieten, bei denen auch nur der Hauch eines Verdachts ehemaliger oder aktueller Abweichungen von der Parteilinie bestand. In einem Memorandum vom Sommer 1950 bemerkte der neue Berliner Intendant Kurt Heiß, die Leitung des *Berliner Rundfunks* und des *Deutschlandsenders* sei »unter dem Gesichtspunkt der Sicherheit untragbar« und nannte danach namentlich die beiden Chefredakteure sowie deren Stellvertreter, Chefkomentator von Schnitzler, den Leiter der Abteilung künstlerisches Wort sowie unter anderem die Ressortleiter Wirtschaft, Innenpolitik und Literatur.⁵³ Besonders der *Deutschlandsender*, dessen redaktionelle Führungsriege sich nahezu komplett aus von Schmidt rekrutierten ehemaligen Westemigranten oder ehemals in den Westzonen tätigen Kommunisten zusammensetzte, erwies sich als fruchtbares Feld, um den um sich greifenden Vorstellungen westlicher Agententätigkeit und oppositioneller Gruppenbildung Nahrung zu geben.⁵⁴

Unter diesen Bedingungen breitete sich innerhalb des Rundfunks ein Klima der Denunziation und des Misstrauens aus. In den gegenseitigen Anschuldigungen, die nicht zuletzt dazu dienten, die eigene »Wachsamkeit« zu beweisen und damit von der eigenen Person abzulenken, floss die Kritik an professionellen, politisch-ideologischen und moralischen Normen zusammen. Eine kritische politische Äußerung konnte ebenso zum Thema werden und die berufliche Existenz kosten wie die vermeintliche Verletzung professioneller oder moralischer Regeln, private Liaisons oder Westkontakte und »bürgerliche« Herkunft.⁵⁵ Umgekehrt wurden persönliche Animositäten und Meinungsverschiedenheiten ebenso politisch aufgeladen wie die üblichen Intrigen und Karriere-Rängeleien.

Die etablierten Rundfunk-Journalisten, obgleich mehrheitlich überzeugte Kommunisten, gerieten immer mehr in die Defensive. Ihre professionellen Standards, die es ihnen bei aller prinzipiellen Übereinstimmung mit der Indienstnahme der Medien für die sozialistische Umgestaltung geboten erscheinen ließen, Rücksichten auf die Bedürfnisse der Hörer zu nehmen, wurden ihnen nun als »politische Unklarheit«, »fehlendes Klassenbewusstsein« oder »faule bürgerliche Liberalität« ausgelegt. Typisch wurden von nun an ostentative Bekenntnisse zur Partei, zur Sowjetunion und zur aktuellen Politik in der Öffentlichkeit, die dem Ziel dienen sollten, die eigene politische Haltung über jeden Zweifel erhaben scheinen zu lassen. Dagegen wurde die Berufung auf professionelle Normen und – womöglich im Westen erworbene – Rundfunkerfahrung regelrecht gefährlich.

Auf diese Weise gelang es Anfang der 50er Jahre, den Rundfunk in der DDR in erstaunlich hohem Maße den politischen Vorgaben der Partei unterzuordnen und ihn auf das traditionelle innerparteiliche Ideal einer einheitlichen, d. h. politisch konsonanten Berichterstattung festzulegen.

Auswirkungen auf das Programm

Es versteht sich von selbst, dass die beschriebenen personellen Umwälzungen nicht ohne Auswirkungen auf das Programm bleiben konnten. Ein Einschnitt ist hier allerdings bereits vorher zu verzeichnen, nämlich im Sommer 1948, als die Propagierung des Zweijährplanes im Rundfunk forciert wurde und damit die Politisierung des Programms eine neue Qualität erhielt.⁵⁶ Der Anspruch der Partei, den Rundfunk nun konsequent in den Dienst der eigenen Sache zu stellen, erfasste sukzessive praktisch alle Programmbereiche und führte zu einem deutlichen Bruch mit den bisherigen, besonders im Unterhaltungsbereich und auf dem künstlerischen Sektor noch stark an den Vorkriegstraditionen orientierten Sendeformen. Ab Sommer 1948 lassen sich vier primäre Bereiche ausmachen, in denen sich die überbordende Politisierung im Programm niederschlug: Zum einen bekam die Propaganda in Richtung Westdeutschland den denkbar höchsten Stellenwert, wie sich an der Etablierung des *Deutschlandsenders* ablesen lässt.⁵⁷ Als zweiter Schwerpunkt trat die Intensivierung der Berichterstattung über die Sowjetunion hinzu, die institutionell in Form einer eigenen Redaktion verankert wurde.⁵⁸ Eine dritte Neuerung betraf die Einführung von Schulungskursen über marxistisch-leninistische Gesellschaftstheorie, und schließlich wurde im Rahmen der Propaganda über den Zweijährplan (s. o.) die Berichterstattung über wirtschaftliche Themen erheblich ausgeweitet. Die mit diesem Plan⁵⁹ einhergehende Popularisierung der »Aktivisten-Bewegung«, die in der Kampagne um den Bergarbeiter Adolf Hennecke nur ihren bekanntesten Ausdruck fand,⁶⁰ ist auch ein Beispiel für den zunehmend »organisierenden« Charakter, den das Programm nun, entsprechend den Leninschen Definitionen, annehmen sollte.⁶¹ Gemeint war damit eine direkt eingreifende, gesellschaftsverändernde Wirkung, die sich in diesem Falle unmittelbar in der Steigerung wirtschaftlicher Produktivität niederschlagen sollte.

Eine unmittelbare Folge war ein spürbar wachsender Wortanteil, der beispielsweise beim *Berliner Rundfunk* zeitweise 50 Prozent und mehr des Programms ausgemacht hat.⁶² Zudem bestand ab 1949 verstärkt die Tendenz, die »Prime Time«, also die wichtigste Nutzungszeit zwischen 19 und 22 Uhr, in besonderem Maße mit politischen Inhalten zu befrachten, so dass der Wortanteil hier noch deutlich höher lag.⁶³ Klagen über zu hohe Wortanteile und andauernde Programmänderungen (die sich vor allem aus aktuellen Einblendungen ergaben) waren in der folgenden Zeit nicht nur ein Dauerthema der Hörerzuschriften, sondern beschäftigten immer wieder auch die Intendanten und Chefredakteure. Obwohl man sich des Problems also durchaus bewusst war, konnte man es Anfang der 50er Jahre nicht lösen. Der Grund lag darin, dass sich die expansiven politischen Vorgaben, die von den Parteiinstanzen an die Programme herangetragen wurden, nur in Form von Wortbeiträgen adäquat umsetzen ließen. Es sei von eminenter Wichtigkeit, so Eisler, alle Veröffentlichungen und Kommuniqués genau so im Ra-

dio zu bringen, wie sie von der Regierung herausgegeben würden. Notwendig sei auch die »ständige Wiederholung des Regierungsprogramms«. ⁶⁴ Einwände gegen eine solche Praxis, wie derjenige des Kommentators Herbert Gessner, es habe keinen Sinn, das Programm mit stundenlangen Reden von Parteifunktionären zu füllen, weil dann die »Hörer am Apparat zu drehen anfangen und auf der Skala da landen, wo wir sie eben nicht haben wollen«, ⁶⁵ fanden keinerlei Echo; der ideologisierte Diskurs und die Gefahr, selbst Opfer der personellen »Säuberungen« zu werden, raubten solchen professionellen Argumenten jede Wirkung. Die Repressionen führten also nicht zuletzt zu einer erheblichen Deprofessionalisierung, die sich unmittelbar auf das Programm auswirkte. Zudem hatte die mit großer Energie vorangetriebene Effektivierung der »politischen Anleitung« zwangsläufig zur Folge, dass das Programm immer monotoner wirkte, weil die gleichen thematischen Schwerpunkte und Formulierungen überall wieder auftauchten. ⁶⁶

Die Politisierung blieb aber keineswegs auf die politisch-publizistischen Wortprogramme beschränkt, sondern erfasste auch die künstlerischen Abteilungen und die Musikprogramme. Unter der zunehmenden Wortlastigkeit litt zunächst die Unterhaltung. »Bunte« Unterhaltungssendungen wie die überaus beliebte *Sorgenpause* der ersten Nachkriegsjahre gab es längst nicht mehr, und auch andere erfolgreiche Unterhaltungssendungen wie das lokal-bezogene *Stelldichein mit Alfred Braun* wurden nun aus dem Programm genommen, weil sie als unpolitisch und »rückständig« galten. Die in kommunistischen Kreisen verbreitete und bereits in der unmittelbaren Nachkriegszeit spürbare Skepsis gegenüber reinen Unterhaltungsprogrammen schlug nun durch. ⁶⁷ Im Bereich des Hörspiels lösten die Versuche, Autoren gezielt für eine Propagierung der angestrebten Produktivitätssteigerungen im Rahmen des Zweijahrplanes zu gewinnen, eine tiefe Krise aus. ⁶⁸ Mit der Berufung des Kommunisten Maximilian Scheer zum Nachfolger von Alfred Braun als Leiter der Abteilung »Künstlerisches Wort« des *Berliner Rundfunks* kurz vor Schmidts Entlassung im September 1949 verstärkte sich diese Tendenz noch einmal spürbar. ⁶⁹ Im Bereich des Hörspiels kamen nun fast ausschließlich politisch ambitionierte Zeitstücke ins Programm. Nur beim *Mitteldeutschen Rundfunk* (MDR) konnte sich eine eher volkstümlich orientierte, narrative Traditionen aufgreifende Dramaturgie halten, wenn auch gegen zunehmenden Widerstand aus Berlin und selbstverständlich nur bis zur Auflösung der Landessender 1952. ⁷⁰ Mit der auch kulturpolitisch stärkeren Ausrichtung der DDR an der Sowjetunion vollzog sich ab etwa 1950 eine erhebliche Verengung des Spektrums »zulässiger« künstlerischer Ausdrucksformen, die 1951 in einem »Formalismus«-Verdikt auf dem 5. ZK-Plenum der SED ihren offiziellen Ausdruck fand. Auf einer Kulturtagung des Rundfunks hielt Wilhelm Girnus im April 1951 das Leitreferat mit dem Titel: »Gegen den Formalismus in der Kunst – für eine fortschrittliche deutsche Kultur«. Er sprach sich dabei u. a. gegen den Jazz aus, da er »zu einer Vertierung und Bestialisierung des Menschen« ⁷¹ führe.

Der Umbau des DDR-Rundfunks 1952: Eine nachholende Strukturrevolution

Hinter der Dynamik von Politisierung und personellen »Säuberungen« blieben die strukturellen Veränderungen zunächst zurück. Der Beginn einer wirklich tief greifenden Reorganisation des Rundfunks fällt erst in das Frühjahr des Jahres 1952 und muss im Zusammenhang mit dem Beschluss zum »planmäßigen« Aufbau des Sozialismus gesehen werden, der offiziell auf der 2. SED-Parteikonferenz im Juli 1952 verkündet wurde. ⁷² Nun wurde ein streng zentralisiertes Rundfunkwesen geschaffen, das endgültig mit den deutschen Traditionen brach und sich strikt an der Sowjetunion orientieren sollte, wo seit 1933 alle Leitungsaufgaben dem »Allunionskomitee für Radiofizierung« unterstanden. ⁷³ Gleichwohl wurde damit nur unter veränderten, radikalisierten Vorzeichen eine Entwicklung fortgeführt, die bereits zuvor eingeleitet worden war und die, entsprechend den totalen Kontrollbedürfnissen der Parteispitze, logisch auf eine immer stärkere Zentralisierung hinauslief. Bereits nach dem Sturz von Schmidt war die politische Anleitung intensiviert worden, indem man Redaktionskollektive und Planungs- bzw. Kontrollabteilungen gebildet hatte. ⁷⁴ Generalintendant Mahle hatte noch kurz vor seiner Ablösung im Juli 1951 eine Verlagerung der Leitungsebenen der Sender auf die zentrale Ebene der Generalintendantanz angekündigt. Als erster Schritt wurde eine zentrale Personalabteilung unter Leitung von Heinrich Adameck aufgebaut, daran anschließen sollte sich die Zentralisierung der Kontroll- und Planungsabteilungen. Da der Gegner alle seine Kräfte konzentrierte, so Mahle, sei eine »straffe zentrale Anleitung des Rundfunks« erforderlich. ⁷⁵ Diese Maßnahmen richteten sich klar gegen die Restautonomie der Sender und die noch immer starke Stellung der Intendanten in Berlin und Leipzig. Nach und nach sollten die maßgeblichen Kompetenzen auf der zentralen Ebene, also bei der Generalintendantanz, angesiedelt werden.

Doch diese Planungen wurden von den Entwicklungen überholt. Einerseits beschloss das Politbüro im Sommer 1951, Generalintendant Hans Mahle abzulösen und ihn durch seinen Gegenspieler Kurt Heiß zu ersetzen. Maßgeblich war dafür die anhaltende Unzufriedenheit der Parteispitze mit dem Rundfunk. Sie resultierte parteiseitig sowohl aus den Schwierigkeiten bei der bedingungslosen Unterordnung unter die Partei, als auch aus den unüberhörbaren Klagen der Bevölkerung über das immer unprofessionellere, zunehmend propagandistisch ausgerichtete Programm. ⁷⁶ Zum anderen entschloss man sich nun, mit den bisherigen Strukturen radikal zu brechen und nach sowjetischem Vorbild ein »Staatliches Rundfunkkomitee« (SRK) aus der Taufe zu heben, das am 1. September 1952 an die Stelle der bisherigen Generalintendantanz trat. ⁷⁷ Fast gleichzeitig löste man die drei Sender (also *Berliner Rundfunk*, *Deutschlandsender* und *Mitteldeutscher Rundfunk*) als selbständige Einheiten auf, ebenso wie die Landessender, die zu Bezirksstudios herabgestuft wurden. An die Stelle der alten Sender traten nun drei

zentral in Berlin produzierte Programme, die konsequenterweise die Namen *Berlin I*, *II* und *III* erhielten. *Berlin I* sollte als »gesamtdeutsches« Programm die Aufgaben des *Deutschlandsenders* übernehmen, das zweite Programm richtete sich an die kulturelle und politische Elite, während *Berlin III* als volkstümliches Programm für die gesamte DDR konzipiert war.⁷⁸

Das zunächst 13-köpfige SRK⁷⁹ stand unter der Leitung des bisherigen Generalintendanten Heiß. Nach außen war es beim Ministerrat angesiedelt, aber stärker noch als zuvor war die staatliche Anbindung Camouflage, praktisch unterstand das SRK nun endgültig dem jeweiligen ZK-Mitglied für Agitation. Die neue Struktur, bei der das sowjetische Modell auf die gewachsenen deutschen, senderbezogenen Strukturen prallte, schuf insofern Probleme, als dass mit den Fachreferaten einerseits übergreifende, d. h. horizontale Zuständigkeiten geschaffen wurden, die vertikale Gliederung der Programme aber noch nicht aufgegeben worden war. Daraus ergaben sich insbesondere Schwierigkeiten mit der politischen Anleitung, weil sich die Anweisungen zwischen SRK und Chefredaktionen teilweise widersprachen. Nachdem bereits zuvor einzelne Redaktionen zusammengelegt worden waren, entschloss man sich daher Anfang 1953, die Chefredaktionen ganz aufzulösen und den Rundfunk konsequent horizontal zu organisieren, in Form so genannter Querschnittsredaktionen, die alle Sendungen der drei Programme in ihrem jeweiligen Ressort produzierten.⁸⁰ Praktisch gab es jetzt nur noch eine Chefredaktion (das SRK selbst) mit den verschiedenen, inhaltlich definierten Redaktionen darunter, deren Produkte lediglich noch technisch auf drei verschiedene Frequenzen verteilt wurden.

Dass es so nicht mehr möglich war, differenzierte, spürbar unterschiedlich profilierte Programme zu produzieren, kann nicht verwundern. Da alle drei Programme von nun an aus einem einzigen zentralen Redaktionsapparat gespeist wurden, wiesen sie untereinander kaum mehr ein eigenes Profil auf. Diese Reorganisation, mit der die Zentralisierung des Rundfunks und seine Unterordnung unter den Parteiapparat ihren Höhepunkt erreicht hatte, sollte daher auch nicht die letzte bleiben. Wohl aber war es diejenige mit der kürzesten Halbwertszeit. Sie hielt nur bis zum 17. Juni 1953 und musste bereits kurz danach in wesentlichen Teilen zurückgenommen werden.⁸¹

Resümee: Radio zwischen Partei und Publikum

Die Untersuchung der institutionellen Entwicklung hat gezeigt, dass sich das Radio in der SBZ/DDR sowohl inhaltlich als auch strukturell zunehmend an den Interessen der Parteispitze ausrichtete. Allerdings handelte es sich dabei nicht um einen linearen, von Beginn an zu beobachtenden Prozess. Vielmehr wies das Medium zumindest in den »politikfernen« Bereichen während der ersten beiden Nachkriegsjahre trotz der sowjetischen Kontrolle noch relativ große Kontinuitäten zum Rundfunk vor 1945 auf. Erst im Zuge der Zuspit-

zung des Kalten Krieges wurden diese Kontinuitäten ab 1948 durch einen weit reichenden Austausch des Personals, die Schaffung eines vergleichsweise effektiven Leitungsapparates und schließlich die radikale Zentralisierung nach sowjetischem Vorbild gebrochen. Obwohl der Übergang der inhaltlichen Verantwortung von sowjetischen in deutsche Hände alles andere als reibungslos vonstatten ging, gelang es in erstaunlich kurzer Zeit, die Phase der Unsicherheit nach dem Wegfall der sowjetischen Vorzensur zu überwinden und das Medium weitgehend auf die Vorgaben und Perspektiven der Partei festzulegen.

Allerdings dürfte es sich dabei um einen Pyrrhussieg gehandelt haben. Das Ergebnis entsprach nicht den Intentionen, die mit dieser Praxis verbunden waren, nämlich einer weitgehend linearen Übernahme dieser Deutungsangebote durch die Bevölkerung. Das Problem war, dass das Interesse der Politik, das Medium ganz in den Dienst der Gesellschaftstransformation zu stellen, keine Rücksicht auf die ganz anders gearteten Bedürfnisse der Nutzer nahm. Letztere sahen im Radio in erster Linie ein Unterhaltungs- und Entspannungsmedium, dessen Service- und Informationsangebote man schätzte, solange sie nicht zu sehr im Vordergrund standen.⁸² Diese Nutzungspräferenzen hatten sich bereits in den 20er und frühen 30er Jahren etabliert und unter dem Nationalsozialismus, der sie weitenteils bediente, verfestigt. Die weit reichende Unterordnung des seinerzeit modernsten Massenmediums unter die parteilichen Vorgaben brachte daher ironischerweise keinen Gewinn für die Vermittlung der SED-Politik in breitere Kreise der Bevölkerung. Eher war das Gegenteil der Fall: Die fehlende Orientierung an den Bedürfnissen der Rezipienten zeitigte delegitimierende Effekte, wie die massiven Hörerproteste und die Reaktion darauf nach dem 17. Juni 1953 illustrieren.

Bis zum Ende der DDR verloren die im engeren Sinne politischen Sendungen nie den Charakter von strikt an den parteilichen Vorgaben orientierten Verlautbarungen. Dieser Grundzug der massenmedialen Kommunikation im Staatssozialismus prägte sich in dem hier untersuchten Zeitraum aus. Dahinter stand der Versuch, die jeweils von der Parteispitze festgelegten Interpretationen, Wahrnehmungen und Begriffe in den anderen gesellschaftlichen Öffentlichkeiten als der innerparteilichen zu etablieren und verbindlich zu machen. Das ignorierte gerade im Falle des Radios den Charakter des Mediums, der wohl eher in Richtung Unterhaltung, parasozialer Teilhabe und Tagesbegleitung tendiert und insgesamt wenig zu Belehrungszwecken taugt.⁸³ Aber darüber hinaus unterschätzte die Parteispitze in für sie typischer Weise die Eigendynamik von Öffentlichkeiten und gesellschaftlichen Prozessen insgesamt. Denn während innerhalb der Partei und anderer Institutionen (seien es betriebliche Strukturen, Massenorganisationen oder staatliche Institutionen) ein mehr oder minder effektives Arsenal an Kontroll- und Sanktionsmöglichkeiten zur Verfügung stand, das dafür sorgte, dass die diskursiven Regeln zumindest nicht offen verletzt wurden,⁸⁴ galt dies für die

in aller Regel privat genutzten Massenmedien nicht. Die Schwierigkeiten mit dem Radio verweisen somit zurück auf Grundwidersprüche des kommunistischen Projekts, das zwar die Notwendigkeit einer gesellschaftlichen Revolution konstatierte, die Autonomie eben dieser Gesellschaft jedoch stets auszuschalten und in Homogenität zu überführen suchte. Die strukturelle Unfähigkeit der politischen Klasse des Staatssozialismus zur Kommunikation mit der Gesellschaft und zu einem adäquaten Umgang mit den Massenmedien hat hier eine ihrer tieferen Ursachen.⁸⁵

- 1 Protokoll der Intendantentagung am 21. und 22. November 1949 in Berlin-Grünau. Deutsches Rundfunkarchiv (DRA) Potsdam, Historisches Archiv, Bestand Hörfunk, F 201-00-00-0001.
- 2 Vgl. ebd.
- 3 Vgl. Sendemanuskript Kommentar des Tages: »Hundert Tage Luftbrücke«, Berliner Rundfunk, 1. Oktober 1948, Autor: Herbert Gessner; DRA Potsdam, Historisches Archiv, Bestand Hörfunk, B 204-02-01/0177.
- 4 1952 hieß es etwa: »Der amerikanische Imperialismus nimmt alle Merkmale des Faschismus an – von der Wahlschiebung und dem Wahlterror über die Ausrottung der Kriegsgefangenen und der Bevölkerung in den besetzten Ländern wie Korea bis zur Aufstellung einer Gestapo und der Einrichtung von Konzentrationslagern«; Sendemanuskript »Kommentar des Tages«, Berlin I, II und III, 8. Oktober 1952; Autor: Karl-Eduard v. Schnitzler; DRA Potsdam, Historisches Archiv, Bestand Hörfunk, B 095-00-01/0112.
- 5 Vgl. Classen, Christoph: Faschismus und Antifaschismus. Die nationalsozialistische Vergangenheit im ostdeutschen Rundfunk 1945–1953 (im Folgenden: Faschismus). Köln 2004, S. 244–251.
- 6 Vgl. Sendemanuskript Tageskommentar v. 1.2.1950, Autor: Dr. Rudolf Pallas; DRA Potsdam, Historisches Archiv, Bestand Hörfunk, B 204-02-01/0511.
- 7 Vgl. zum RIAS Galle, Petra: RIAS Berlin und Berliner Rundfunk 1945–1949. Die Entwicklung ihrer Profile in Programm, Personal und Organisation vor dem Hintergrund des beginnenden Kalten Krieges (im Folgenden: RIAS-Berlin). Münster u. a. 2003, S. 178–190.
- 8 Zu Karl-Eduard v. Schnitzler vgl. BStU MfS AP 14226/92 Bl. 49–62 sowie <http://sk.dra.de/grape/seite40.htm> (letzter Aufruf: 21.9.2004).
- 9 Vgl. dazu Roß, Dieter: Der deutsche Rundfunk – ein »Rundfunk der Alliierten«? Der Beitrag Hans Bredows zur Rundfunkpolitik in der Gründungsphase des NWDR. In: Hoffmann-Riem, Wolfgang; ders. (Hg.): Strukturfragen des Rundfunks in Geschichte und Gegenwart. Hamburg 1980, S. 126–138; Steininger, Rolf: Rundfunkpolitik im ersten Kabinett Adenauer. In: Lerg, Winfried B.; ders. (Hg.): Rundfunk und Politik 1923–1973. Beiträge zur Rundfunkforschung. Berlin 1975, S. 341–383.
- 10 Vgl. dazu allgemein von Hodenberg, Christina: Die Journalisten und der Aufbruch zur kritischen Öffentlichkeit. In: Herbert, Ulrich; Raphael, Lutz (Hg.): Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945–1980. Göttingen 2002, S. 278–311.
- 11 Bei den Planungen für den Neubau des Rundfunkgebäudes in Berlin-Oberschöneweide, weit außerhalb der Stadt, spielte der Sicherheitsaspekt eine zentrale Rolle, u. a. versuchte man, den Bau als »Sonder-Investitionsobjekt Verwaltungsgebäude Berlin« zu tarnen und geheim zu halten. Auf die Spitze getrieben wurde das Denken in militärischen Kategorien Anfang der 50er Jahre im Funkhaus Masurenallee (das als sowjetische Exklave im Westsektor lag), wo ein »innerer« und »äußerer Schutzring« innerhalb des Gebäudes definiert wurden, die vom Betriebschutz gegen jedwedes Eindringen verteidigt werden sollten.
- 12 Intendantentagung am 21. und 22. November 1949; DRA Potsdam, Historisches Archiv, Bestand Schriftgut Hörfunk 1945–1952, F 201-00-00/0001 (Protokolle der Intendanten- und Chefredakteurstagungen 1946–Juli 1950), Bl. 142–163.
- 13 Vgl. Postauswertung vom 1. bis 30. Juni 1947; DRA Potsdam, Historisches Archiv, Bestand Schriftgut Hörfunk 1945–1952, H 201-01-04/0001.
- 14 Zitiert nach Galle: RIAS-Berlin, S. 245.

- 15 In der unmittelbaren Nachkriegszeit variierte die Stations-Bezeichnung noch. Der ehemalige »Reichsender Berlin« meldete sich seit dem 13. Mai mit der Kennung »Hier spricht Berlin«, figuriert aber in den Quellen auch als »Radio Berlin«, bis sich nach kurzer Zeit die Bezeichnung »Berliner Rundfunk« einbürgerte.
- 16 Mahle erhielt den Auftrag vom Berliner Stadtkommandanten Bersarin, vgl. SAPMO-BArch, SgY 30/1094, Bl. 258.
- 17 Zur Installation sowjetischer Kontrolloffiziere kam es erst nach einem Hinweis der Westalliierten, die derzeitige Praxis verstoße gegen das Abkommen von Jalta, in dem Rundfunk in deutscher Eigenverantwortung ausgeschlossen worden sei; vgl. die Aussagen Mahles in Boyle, Maryellan; Eichhorn, Alfred: Interview mit Hans Mahle. Auszüge aus einem Tonband-Protokoll (im Folgenden: Interview). In: Spielhagen, Edith (Hg.): So durften wir glauben zu kämpfen ... Erfahrungen mit DDR-Medien (im Folgenden: Erfahrungen). Berlin 1993, S. 29–54, hier S. 38, 40.
- 18 Vgl. insbesondere die Beiträge in: Riedel, Heide (Hg.): Mit uns zieht die neue Zeit. 40 Jahre DDR-Medien (im Folgenden: Neue Zeit). Berlin o. J. (1993); sowie in Spielhagen: Erfahrungen.
- 19 Dies betraf allerdings nicht das Rundfunkgebäude einschließlich des Sendebunkers, das von den Alliierten offensichtlich bewusst geschont worden war.
- 20 Auf diese Weise ging der erste technische Leiter Erwin Wilke notgedrungen vor, denn er war zwar politisch durch seine Mitgliedschaft im NKFD qualifiziert, dürfte seinem neuen Aufgabenbereich als ehemaliger Eisenbahn-Ingenieur zunächst jedoch eher fremd gegenübergestanden haben; vgl. Kowalke, Günther; Schmidt-Gerlach, Willi: Etappen und Erlebnisse bei der Entwicklung der Studioteknik im Rundfunk der DDR. In: Lektorat Rundfunkgeschichte (Hg.): Erinnerungen von Pionieren und Aktivisten des Rundfunks der DDR. Ausgewählte Erlebnisberichte zum 45. Rundfunkjubiläum, Bd. 2. Berlin 1990, S. 24–32, hier S. 31.
- 21 U. a. galt dies für die Leitung der Nachrichtenredaktion (Artur Mannbar) und die der Redaktionen »Aktuelle Fragen« (bis November 1945 Rudolf Mießner, anschließend Alfred Duchrow) und »Jugend und Erziehung« (Rudolf Mießner), den Hauptkommentator Markus Wolf und den Personalchef Matthäus Klein.
- 22 Vgl. dazu die Aufstellung bei Galle: RIAS Berlin, S. 403.
- 23 Dazu im einzelnen Galle: RIAS Berlin, S. 132; Oberg war bereits in der NS-Zeit eine prägende Figur des Kinderfunks gewesen; Küpper und Farenburg hatten zur NS-Zeit leitende Positionen beim Fernsehen innegehabt; Mahle hat sein Vorgehen retrospektiv mit den Worten geschildert: »Wir haben Leute, die am Nazirundfunk mitgearbeitet haben, z. B. im Kinderfunk [...] bei uns eingestellt [...]. Dieses Ausgrenzen von Nazis wurde nur in bestimmter Hinsicht gemacht, so wenn die Leute schwere Verbrechen begangen hatten [...]. In solchen Fällen ja, aber sonst – ich habe sehr viele Nackenschläge erhalten deshalb.« Vgl. Boyle; Eichhorn: Interview, S. 33, 37 f. Politisch »belastetes« Personal wurde aber vorzugsweise nicht fest angestellt, sondern auf Honorarbasis beschäftigt und musste in entsprechenden Statistiken auch nicht aufgeführt werden.
- 24 Mahle, der etwa auch Gustav Gründgens und Marianne Hoppe als freie Mitarbeiter im Hörspielbereich beschäftigte, hat wiederholt darauf hingewiesen, dass ihm diese Politik parteiintern viel Kritik eingetragen habe; vgl. Boyle; Eichhorn: Interview, S. 32 f.
- 25 Nach Leipzig (1. September 1945) wurden im Dezember der Dresdener und der Schweriner Sender wieder in Betrieb genommen. Im Laufe des Jahres 1946 folgten die Landessender Weimar und Potsdam, schließlich – nach der Fertigstellung des neuen Funkhauses in Leipzig im Juni 1946 – der Landessender Halle zu Weihnachten 1946.
- 26 Die Landessender waren allerdings verpflichtet, Nachrichten, Kommentare und andere Sendungen mit politischem Inhalt vom Berliner Rundfunk zu übernehmen. Fragen von »übergeordneter Bedeutung« durften zunächst nur durch den Berliner Sender behandelt werden, die Landessender waren lediglich für die lokale und regionale Berichterstattung zuständig.
- 27 Vgl. zur Entstehung der regionalen Gliederung des Rundfunkwesens in den 20er Jahren Dussel, Konrad: Hörfunk in Deutschland. Politik, Programm, Publikum (1923–1960). Potsdam 2002, S. 40–54.
- 28 Vgl. den Beitrag von Wolfgang Mühl-Benninghaus im vorliegenden Band.
- 29 Vgl. Fischer, Jörg-Uwe; Pietrzynski, Ingrid: »Hier spricht Berlin ...«. Das Programm des Berliner Rundfunks 1945 und seine Überlieferung im Deutschen Rundfunkarchiv, Standort Berlin, (im Folgenden: Hier spricht Berlin ...). In: Deutsches Rundfunkarchiv (Hg.): »Hier spricht Berlin ...«. Der Neubeginn des Rundfunks in Berlin 1945. Potsdam 1995, S. 33–66, hier S. 54 f.
- 30 Vgl. dazu die Übersicht bei Wagner, Hans-Ulrich: »Der gute Wille, etwas Neues zu schaffen«. Grundzüge des Hörspielprogramms in Deutschland 1945–1949 (im Folgenden: Grundzüge). Potsdam 1997, S. 44.

- 31 Fischer; Pietrzynski: Hier spricht Berlin ..., S. 64.
- 32 So kritisierte Alfred Duchrow, seinerzeit Leiter der Abteilung »Tagesfragen«, dass »zahlreiche Wortsendungen einfach nur gelesene Zeitungen, gesprochenes Theater waren«; zit. nach Fischer; Pietrzynski: Hier spricht Berlin ..., S. 64.
- 33 Vgl. Classen: Faschismus, S. 109–111.
- 34 Vgl. dazu ausführlich Galle: RIAS-Berlin, S. 64–77.
- 35 Vgl. Kutsch, Arnulf: Rundfunk und Politik im Nachkriegs-Berlin. Der »Berliner Rundfunk« und sein Intendant Max Seydewitz. In: Geserick, Rolf, ders. (Hg.): Publizistik und Journalismus in der DDR. Acht Beiträge zum Gedenken an Elisabeth Löckenhoff, München u. a. 1988, S. 115–149.
- 36 Zur Gründung des RIAS, der zunächst als Drahtfunkdienst in deutscher Verantwortung gegründet wurde (DIAS), bevor er in eine Einrichtung der amerikanischen Militärregierung überführt und auf terrestrische Verbreitung umgestellt wurde, vgl. Galle: RIAS Berlin, S. 110–124; zum NWDR vgl. Herbst, Maral: Demokratie und Maulkorb. Der deutsche Rundfunk in Berlin zwischen Staatsgründung und Mauerbau. Berlin 2002, S. 38.
- 37 Vgl. zur Struktur und Arbeit der »Russischen Redaktion« beim »Berliner Rundfunk«: Galle, RIAS, S. 209–230.
- 38 Nach einer Information der SMAD waren Anfang 1950 nur 280 der ca. 1500 Mitarbeiter des Berliner Rundfunks SED-Mitglieder.
- 39 Sitzungsprotokoll des Politbüros vom 18. Oktober 1949. SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2/51.
- 40 Ebd.
- 41 Vgl. ebd.; vgl. auch Protokolle des Sekretariats vom 17. Oktober 1949 und 28. Oktober 1949. SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/3/57 und 60.
- 42 Der dem Kommunismus nahe stehende Amerikaner und ehemalige Mitarbeiter des State Department Noel H. Field hatte im Dienste einer kirchlichen Hilfsorganisation in Frankreich und der Schweiz während der NS-Zeit zahlreiche Kommunisten unterstützt und vor dem Zugriff der Nationalsozialisten gerettet. Unter dem Druck, die nationalen kommunistischen Parteien des sowjetischen Blocks auf die sowjetische Position festzulegen, entstand die (haltlose) Vorstellung, es habe sich bei Field um einen US-amerikanischen Agenten gehandelt. Jeder frühere Kontakt zu ihm konnte nun zur tödlichen Gefahr werden; vgl. zu Field und den (antisemitisch konnotierten) Verfolgungen in der DDR: Kießling, Wolfgang: Partner im »Narrenparadies«. Der Freundeskreis um Noel H. Field und Paul Merker, Berlin 1994; Koenen, Gerd: Die DDR und die »Judenfrage«. Paul Merker und der nicht stattgefunden Slánský-Prozess 1953. In: Luks, Leonid (Hg.): Der Spätstalinismus und die »jüdische Frage«. Zur antisemitischen Wendung des Kommunismus. Köln u. a. 1998, S. 237–270.
- 43 Vgl. Besprechung am 24.12.1949 mit Semjonow, zit. nach Badstübner, Rolf; Loth, Winfried (Hg.): Wilhelm Pieck – Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945–1953. Berlin 1994, S. 321 f.
- 44 Schmidt hatte sich offenbar u. a. gegen die Gründung einer eigenen Redaktion zur »Behandlung der Fragen der Volksdemokratien« gewandt; vgl. Bericht über die Maßnahmen zur Verbesserung der Rundfunkarbeit, 3. Februar 1950, Axen an Pieck, Grotewohl, Ulbricht, Matern und Eisler. DRA Potsdam, Historisches Archiv, Bestand Schriftgut Hörfunk 1945–1952, F 201-00-00/0006.
- 45 Intendantentagung am 21. und 22. November 1949. DRA Potsdam, Historisches Archiv, Bestand Schriftgut Hörfunk 1945–1952, F 201-00-00/0001 (Protokolle der Intendanten- und Chefredakteurstagungen 1946–Juli 1950), Bl. 142–163, hier 143.
- 46 Mahle an Ulbricht, 8. September 1949 (Entwurf). DRA Potsdam, Historisches Archiv, Bestand Schriftgut Hörfunk 1945–1952, F 201-00-00/0004 (Geschäfts- und Planungsunterlagen Büro des Intendanten 1945–1950), Bl. 133, sowie Kaul an Mahle 24. Oktober 1949, F 208-00-00/0001.
- 47 Intendantentagung am 21. und 22. November 1949 (wie Anm. 12).
- 48 Konkreter Anlass des Politbüro-Beschlusses gegen Schmidt und die anderen leitenden Mitarbeiter war u. a. ein Kommentar von Karl-Eduard v. Schnitzler vom 1. Oktober 1949, in dem dieser auf dem Deutschlandsender die Ablieferungstermine für Landwirte in der SBZ kritisiert hatte. Ihm war daraufhin der Vorwurf gemacht worden, er habe die DWK und die SMAD herabgesetzt; vgl. Müller, Silvia: Der Rundfunk als Herrschaftsinstrument der SED. In: Deutscher Bundestag (Hg.): Materialien der Enquete-Kommission. Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland. Baden-Baden, Frankfurt/M. 1995, Bd. II/4, S. 2287–2326, hier S. 2294.
- 49 Protokoll der Intendantentagung am 21. und 22. November 1949 (wie Anm. 1), Bl. 143.
- 50 Vgl. Holzweißig, Gunter: Medienlenkung in der SBZ/DDR. Zur Tätigkeit der ZK-Abteilung Agitation und der Agitationskommission beim Politbüro der SED (im Folgenden: Medienlenkung in der SBZ/DDR). In: Publizistik 39(1994)1, S. 58–72.
- 51 Protokoll Nr. 2 der Sitzung des Kleinen Sekretariats vom 2. Februar 1949. SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/3/2.
- 52 Vgl. Holzweißig: Medienlenkung in der SBZ/DDR.
- 53 Bis auf Chefkommentator von Schnitzler, den (ebenso wie im Falle seines Kollegen Gessner) seine exponierte Stellung nach außen geschützt haben dürfte, verloren die Genannten in den folgenden Monaten ihre Positionen im Funk oder wurden (im Falle des Chefredakteurs Erich Böhm) degradiert.
- 54 Vgl. dazu ausführlich: Arnold, Klaus: Kalter Krieg im Äther. Der Deutschlandsender und die Westpropaganda der DDR. Münster 2002, S. 246–266.
- 55 Vgl. zu diesem Komplex Münkkel, Daniela: Produktionssphäre. In: von Saldern, Adelheid; Marbolek, Inge (Hg.): Zuhören und Gehörtwerden II. Radio in der DDR zwischen Lenkung und Ablenkung. Unter Mitarbeit von Daniela Münkkel, Monika Pater, Uta C. Schmidt. Tübingen 1998, S. 45–170, hier S. 123–126.
- 56 »Diese Punkte, die das Rückgrat des Zweijährplanes bilden, sollen dem Hörer immer wieder durch Kommentare usw. nahe gebracht werden«, vgl. »Planung der Rundfunksender im Rahmen des Zweijährplanes« DVV/Generalintendant, 4. August 1948. DRA Potsdam, Historisches Archiv, Bestand Schriftgut Hörfunk 1945–1952, F 201-00-00/0004, Bl. 311 f.
- 57 Zur Gründung und zum Programm des »Deutschlandsenders« vgl. den Beitrag von Klaus Arnold im vorliegenden Band.
- 58 Vgl. Galle: RIAS Berlin, S. 280 f.
- 59 Er stellte das Gegenstück zum westdeutschen Marshall-Plan dar und kann als erster Versuch in einer Reihe ähnlicher Bemühungen im Laufe der 50er Jahre begriffen werden, den Wettbewerb zwischen den beiden deutschen Teilstaaten auf wirtschaftlichem Gebiet für den Osten zu entscheiden.
- 60 Vgl. hierzu Satjukow, Silke: »Früher war das eben der Adolf ...« Der Arbeitsheld Adolf Hennecke. In: dies.; Gries, Rainer (Hg.): Sozialistische Helden. Eine Kulturgeschichte von Propagandafiguren in Osteuropa und der DDR. Berlin 2002, S. 115–132; im Rundfunk wurde u. a. das Beispiel der »Aktivisten-Lok Columbus« hervorgehoben.
- 61 Diesen Aspekt hob Axen in seinem Hauptreferat auf der Intendantentagung im Januar 1951 besonders hervor; vgl. Protokoll der Konferenz der Rundfunk-Intendanten und Chefredakteure am 30. Januar 1951 im Haus des Nationalrates; DRA Potsdam, Historisches Archiv, Bestand Schriftgut Hörfunk 1945–1952, F 210-00-00/0004, Bl. 2–130.
- 62 Vgl. Galle: RIAS Berlin, S. 255–262; das Programm des traditionell stärker musikorientierten »Mitteldeutschen Rundfunks« hatte nach den Angaben seines Intendanten Karl Adolphs 1950 ebenfalls einen Wortanteil von über 50 Prozent.
- 63 Vgl. ebd.
- 64 Protokoll der Intendantentagung am 21. und 22. November 1949 (wie Anm. 1), Bl. 144.
- 65 Gessner an Grimmer, 7. Oktober 1951. BArch, DR 6/342.
- 66 Vgl. Hecht, Gerd: Die Stimme des Apparats. Der Sowjetzonen-Rundfunk – ein politisches Instrument der SED. In: SBZ-Archiv 5/1954, 5. Juni 1954, S. 181–187.
- 67 Vgl. Mühl-Benninghaus, Wolfgang: Zum Verständnis von Unterhaltung in der Arbeiterbewegung der Weimarer Republik. In: Siegener Periodikum zur Internationalen Empirischen Literaturwissenschaft (SPIEL) 20(2001)1, S. 44–62; vgl. zu dieser Entwicklung auch den Beitrag von Wolfgang Mühl-Benninghaus im vorliegenden Band.
- 68 Zum so genannten »Hörspielausschuss« vgl. Wagner: Grundzüge, S. 87–89.
- 69 Vgl. ebd., S. 43.
- 70 Vgl. Wagner: Grundzüge, S. 91–98.
- 71 Stenographische Niederschrift der Kulturtagung des Deutschen Demokratischen Rundfunks, 13. April 1951. DRA Potsdam, Historisches Archiv, Bestand Schriftgut Hörfunk 1945–1952, F 210-00-00/0004, Bl. 235–345.
- 72 Die Konferenz kann als Höhepunkt des »Stalinisierungsprozesses« in der DDR interpretiert werden, vgl. Kleßmann, Christoph: Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955, 5. Aufl. Bonn 1991, S. 262–269.
- 73 Vgl. Dussel, Konrad: Die Sowjetisierung des DDR-Rundfunks in den fünfziger Jahren. Die Organisation des Staatlichen Rundfunkkomitees und seine Leitungstätigkeit. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 45(1997)11, S. 992–1016, hier S. 996.
- 74 Bericht über die Maßnahmen zur Verbesserung der Rundfunkarbeit, 3. Februar 1950 (wie Anm. 44).
- 75 Stenographische Niederschrift der Intendantentagung der Generalintendant des Rundfunks in der

- DDR, 30. März 1951. DRA Potsdam, Historisches Archiv, Bestand Schriftgut Hörfunk 1945–1952, F 210-00-00/0004., Bl. 50 f., 128–130.
- 76 Bereits Anfang 1950, nach der Entlassung Schmidts und der Unterordnung der Generalintendanz unter das Amt für Information, hatte Mahle Selbstkritik üben müssen und die Unzufriedenheit der Partei mit dem Rundfunk u. a. darauf zurückgeführt, dass »die Generalintendanz bis heute noch nicht den Weg gefunden hat, rechtzeitig die Sender mit den Problemen der von der Regierung in Vorbereitung befindlichen Verordnungen und Gesetze vertraut zu machen«, vgl. Protokoll der Rundfunk-Tagung anlässlich des fünfjährigen Bestehens des Deutschen Demokratischen Rundfunks im Haus der Presse Berlin, 11.–12. Mai 1950. DRA Potsdam, Historisches Archiv, F 201-00-00/0001, Bl. 353 f. Er wiederholte diese Selbstkritik im August 1950.
- 77 Vgl. Verordnung über die Bildung des Staatlichen Rundfunkkomitees vom 14. August 1952. BArch, DR 6/237.
- 78 Vgl. Geserick, Rolf: 40 Jahre Presse, Rundfunk und Kommunikationspolitik in der DDR. München 1989, S. 58 f.
- 79 Nach damaligem Verständnis umfasste das »Staatliche Rundfunkkomitee« nicht nur die zentrale Leitungsebene des Rundfunks, sondern alle Mitarbeiter, die dort beschäftigt waren. Später setzte sich jedoch ein Gebrauch der Bezeichnung durch, demzufolge damit nur noch die Leitungsglieder bezeichnet wurden; dieses Begriffsverständnis liegt auch hier zugrunde.
- 80 Es wurden fünf neue Querschnittsredaktionen gebildet: »Propaganda«, »Innenpolitik«, »Wissenschaft und Technik« sowie »Schule und FDJ« und »Wissenschaft und Pädagogik«. Umgebildet wurden die bereits vorher zentralisierten Redaktionen für »Gesamtdeutsche Fragen«, »Literatur«, »Kulturpolitik« und die Nachrichtenredaktion. In der bisherigen Form aufgelöst wurden »DDR«, »Frauenfunk«, »Hörerpost«, »Jugendfunk«, »Kinderfunk«, »Partei und Gewerkschaft«, »Theater und Film« sowie »Wir schützen unsere Heimat«; vgl. Änderung der Struktur des Staatlichen Rundfunkkomitees – Vertrauliche Verschlussache vom 13. April 1953. BArch, DR 6/197.
- 81 Vgl. dazu den Beitrag von Ingrid Pietrzynski im vorliegenden Band.
- 82 Vgl. Meyen, Michael: Hauptsache Unterhaltung. Mediennutzung und Medienbewertung in Deutschland in den 50er Jahren. Münster u. a. 2001, passim; Schildt, Axel: Moderne Zeiten. Freizeit, Massenmedien und »Zeitgeist« in der Bundesrepublik der 50er Jahre. Hamburg 1995, S. 235.
- 83 Vgl. Weiß, Ralph: Unterhaltung mit dem elektronischen Dauergast. Zum Unterhaltungserleben mit dem Hörfunk. In: Bosshart, Louis; Hoffmann-Riem, Wolfgang (Hg.): Medienlust und Mediennutz. Unterhaltung als öffentliche Kommunikation. München 1994, S. 301–309; vgl. in diesem Zusammenhang auch die Annahmen der jüngeren Wirkungsforschung, die davon ausgehen, dass alle Medien stets eine »mächtigere«, den einzelnen Medieninhalten vorgängige Botschaft transportieren. Vgl. Berghaus, Margot: Wie Massenmedien wirken. Ein Modell zur Systematisierung. In: Rundfunk und Fernsehen 47(1999)2, S. 181–199.
- 84 Hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang auf die verbreitete Praxis des »double talk«, d. h. der Anpassung an die geforderten Normen in öffentlichen und halb-öffentlichen Kontexten, während davon anscheinend unbenommen im privaten Kreis eine »zweite«, sprachlich, normativ und kategorial ganz anders verfasste Wahrnehmung fortexistierte. Von politologischer Seite wird daher versucht, die DDR als »Doppelkultur« zu fassen, in der die politische und die private Sphäre scharf voneinander getrennt gewesen seien. Vgl. Lemke, Christiane: Die Ursachen des Umbruchs 1989: politische Sozialisation in der ehemaligen DDR. Opladen 1991.
- 85 Vgl. dazu auch Kössler, Till: Die Partei als Medium. Kommunikationspolitik und Kommunikationsverweigerung in der SED/KPD 1945–1956. In: Knoch, Habbo; Morat, Daniel (Hg.): Kommunikation als Beobachtung. Medienwandel und Gesellschaftsbilder 1880–1960. München 2003, S. 201–227.